

Fischer, Wolfgang: Heimat-Politiker? Selbstverständnis und politisches Handeln von Vertriebenen als Abgeordnete im Deutschen Bundestag 1949 bis 1974.

Droste, Düsseldorf 2010, 479 S. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 157), ISBN 978-3-7700-5300-1.

Bei dem vorzustellenden Band handelt es sich um eine an der Universität Tübingen angenommene Dissertation, deren Entstehung von Eckart Conze begleitet wurde, der bis zu seiner Berufung an die Universität Marburg dort lehrte. Wolfgang Fischer hat ein Thema behandelt, das dem Rezensenten aus seiner 2004 erschienenen Würzburger Habilitationsschrift vertraut ist,¹ deren Fokus allerdings stärker auf den Verbänden lag.

Die Vertriebenenverbände verstanden sich von Anfang an als Lobby-Organisationen, die – nachdem die dauerhafte Implementierung einer eigenen Vertriebenenpartei, des Blocks der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE), in das politische System der frühen Bundesrepublik nach wenigen Jahren gescheitert war – innerhalb der etablierten politischen Parteien für ihre Ziele warben. Der Schwerpunkt lag hierbei von Anfang an bei den großen Volksparteien CDU/CSU und SPD, bei denen viele Vertriebenenpolitiker an ihre parteipolitische Arbeit vor 1933 bzw. 1938/39 anknüpfen konnten. Die FDP und die damals noch existierende rechtskonservative Deutsche Partei (DP) spielten, trotz der Tatsache, dass auch sie über prominente Politiker aus dem Vertriebenenlager verfügten (etwa Erich Mende und Hans-Christoph Seebohm), nur eine untergeordnete Rolle. Bemerkenswert ist die

¹ *Stickler, Matthias: „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“ – Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenverbände 1949-1972 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 46). Düsseldorf 2004.*

Tatsache, dass es kaum Affinitäten zum Rechtsextremismus gab, obgleich sich die entstehenden Parteien der extremen Rechten den Vertriebenenverbänden anzudienen suchten und es zahlreiche Vertriebenenpolitiker gab, die vor 1945 Mitglieder der NSDAP gewesen waren bzw. das NS-System unterstützt hatten. Insofern bestätigt die Arbeit von Fischer die 2004 formulierte These des Rezensenten, dass die führenden Vertriebenenpolitiker der frühen Bundesrepublik frühzeitig erkannten, dass eine Radikalisierung in eine Sackgasse führen musste und sie deshalb allen Tendenzen, die in diese Richtung gingen, energisch und im Ergebnis erfolgreich entgegentraten.

Wolfgang Fischer hat sich bei seinen Untersuchungen neben der einschlägigen Literatur und gedruckten Quellen vor allem auf Material aus dem Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestags (Bonn/Berlin) sowie ausgewählte Nachlässe aus dem Bundesarchiv (Koblenz), dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv (München), dem Archiv für Christlich-Demokratische Politik (Sankt Augustin), dem Archiv der sozialen Demokratie (Bonn), dem Archiv des Liberalismus (Gummersbach) und dem Archiv für Christlich-Soziale Politik (München) gestützt. Die Bestände des BdV und seiner Mitgliederverbände wurden nicht herangezogen.

Gegliedert ist die Studie in drei Teile: In einem ersten Abschnitt erfolgt eine biografisch-statistische Annäherung an das Thema, indem die individuelle und kollektive Identität von heimatvertriebenen Bundestagsabgeordneten untersucht wird. Hierbei wird auch eingehend herausgearbeitet, inwieweit es berechtigt ist, im konkreten Fall von heimatvertriebenen Abgeordneten zu sprechen; der Geburtsort ist hierbei nur ein Kriterium unter mehreren möglichen. So verstanden sich beispielsweise die in Ostpreußen bzw. Schlesien geborenen Politiker Hans-Jürgen Wischniewski und Karl Schiller (beide SPD) keineswegs als Vertriebene, während der in Darmstadt geborene BHE- und spätere SPD-Politiker Heinz Kreutzmann, der als Folge des Zweiten Weltkriegs in Böhmen heimisch geworden war, sich sehr wohl als Sudetendeutscher ansah und sich auch entsprechend politisch betätigte. Ähnlich verhält es sich mit dem zweiten Bundesvertriebenenminister Theodor Oberländer (FDP, dann BHE, schließlich CDU), der in Meiningen geboren wurde und erst im Zuge seiner Karriere als Wissenschaftler in die deutschen Ostgebiete kam.

Das zweite Kapitel bietet eine „parlamentarische Diskursanalyse“ der Vertriebenenpolitik mit dem Schwerpunkt Eingliederungs- und Lastenausgleichspolitik, das dritte Kapitel beschäftigt sich mit der Außen- und Deutschlandpolitik. Fischer arbeitet detailliert heraus, wie die heimatvertriebenen Bundestagsabgeordneten Einfluss nahmen auf den politischen Prozess. Er bestätigt hierbei anhand seines Quellenkorpus die Befunde der älteren Forschung, dass es den Vertriebenenorganisationen bzw. seit 1958 dem BdV als Dachverband nicht gelang, im Bundestag gleichsam eine „Einheitsfront“ der heimatvertriebenen Abgeordneten quer zu den politischen Parteien aufzubauen. Am ehesten war dies noch bei den sozialen Forderungen der Vertriebenen in den fünfziger Jahren erfolgreich, insbesondere bei der Lastenausgleichsgesetzgebung und den Debatten um das Bundesvertriebenengesetz. Bei den Auseinandersetzungen um die neue Ostpolitik seit den sechziger Jahren scherten dann aber immer mehr heimatvertriebene Abgeordnete aus dem vom BdV und seinen Gliedorganisationen vorgegebenen Kurs aus. In gewissem Sinne konterkariert und partiell überlagert wurde der rein prozentual durchaus ansehn-

liche Vertriebenenanteil in den politischen Parteien letztlich durch die Funktionsmechanismen der modernen Parteiendemokratie. Im Konfliktfall galt die höhere Loyalität der Vertriebenenpolitiker in der Regel ihrer Partei. Eine bezeichnende Ausnahme bildet hier etwa der prominente frühe Vertriebenenpolitiker Linus Kather (CDU, 1954 BHE); der BdV-Vorsitzende (1964-1966) Wenzel Jaksch (SPD) blieb dagegen, trotz vieler heftiger Auseinandersetzungen, seiner Partei bis zu seinem Tod 1966 treu. Prominente Übertritte im Gefolge des Regierungswechsels von 1969 bzw. der Paraphierung der Ostverträge wie etwa der von Herbert Hupka von der SPD zur CDU oder von Siegfried Zoglmann von der FDP zur CDU blieben die Ausnahme bzw. letztlich auch folgenlos für die weitere Entwicklung. Es lässt sich vielmehr zeigen, dass sich bei den heimatvertriebenen Abgeordneten eine immer größere Kluft auftut zwischen denjenigen, die verbandspolitisch aktiv waren – etwa der BdV-Vorsitzende (1967-1970) Reinhold Rehs (SPD) – und denjenigen, die dies ablehnten, etwa Horst Ehmke oder Claus Arndt (beide SPD).

Bereichert wird der Band durch einen umfangreichen Anhang, bestehend aus Statistiken und Kurzbiografien. Bedauerlich ist, dass Wolfgang Fischer bei letzteren seine aus der einschlägigen Literatur gewonnenen Daten nicht aktualisiert hat: So sind etwa Walter Becher, Philipp von Bismarck, Clemens Riedel, Olaf Baron von Wrangel und Siegfried Zoglmann zwischen 2003 und 2009 verstorben, bei Manfred Coppik fehlen z. B. Angaben über seinen Austritt aus der SPD 1982 im Gefolge der Nachrüstungsdebatte; seit 2005 gehört Coppik der WASG bzw. der Partei „Die Linke“ an. Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass es sich bei dieser Studie um eine gelungene Arbeit handelt, der die verdiente Beachtung zu wünschen ist.